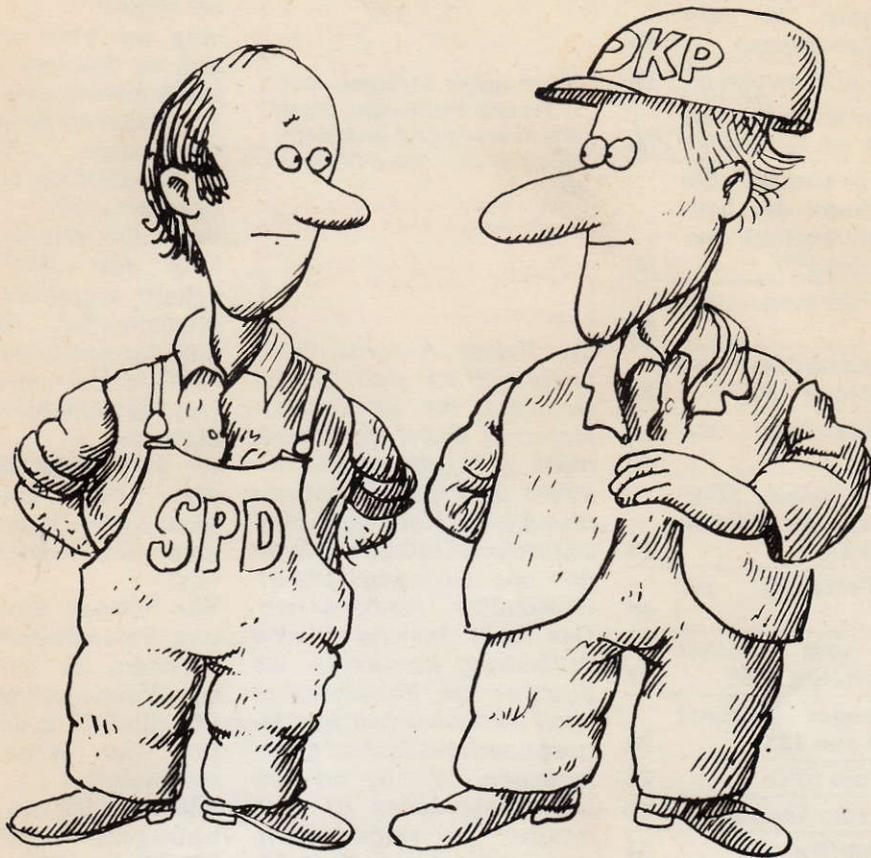


Neue Fragen der Aktionseinheit



Inhalt

Einleitung	1
Worin bestehen die Grundsätze der Aktionseinheitspolitik der DKP?	3
Kommunisten und Sozialdemokraten: die beiden Hauptströmungen	4
Opportunismus führt zu Niederlagen	8
Worin besteht das Neue für die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten?	12
Das Wichtigste ist der Frieden	12
Gemeinsam für die 35-Stunden-Woche	14
FAZ und Aktionseinheit	19
Der Stellenwert des Kampfes um Reformen	20
Worin bestehen die Hintergründe der neuen Möglichkeiten zur Aktionseinheit?	22
7. DKP-Parteitag zur SPD	23
Gemeinsamkeiten und Unterschiede heute	24
7. DKP-Parteitag zur SPD	25
Von den neuen Möglichkeiten zu neuen Wirklichkeiten	26
7. DKP-Parteitag zur SPD	27
Zitate vom Kölner SPD-Parteitag 1983	27
Zum Prager Manifest der SPD von 1934	28
Blick in die SPD	29
Bücher zum Thema	30
Filme zum Thema	31
Termine der Karl-Liebknecht-Schule	32



Immer wieder entfalteten sich in der SPD Strömungen gegen eine Fixierung nach rechts. Das Foto entstand 1966 in Westberlin.

Das Gespräch

Das Thema „Aktionseinheit“ bietet sich vor allem für das Gespräch mit Sozialdemokraten an. Dabei steht heute nicht im Vordergrund, abstrakt über den Begriff zu diskutieren. Natürlich sollen sozialdemokratische Kollegen und Genossen unsere Grundsätze kennenlernen. Das kann manche falsche Auffassung korrigieren, als strebten die Kommunisten nach Aktionseinheit aus tagesopportunistischen Überlegungen. Wichtig an solchen Gesprächen ist, sich darüber zu vergewissern, was in der praktischen Tätigkeit, im praktischen gemeinsamen Zusammenwir-

ken bereits erreicht ist und in welche Richtung weitere Schritte gegangen werden müssen. Der 7. Parteitag der DKP hat dafür wichtige Einschätzungen und Anregungen gegeben, die an möglichst viele Sozialdemokraten übermittelt werden sollten.

Fragen

Viele Fragen zum Verhältnis von Kommunisten zu Sozialdemokraten werden in diesem Heft aufgeworfen. Es können längst nicht alle Fragen sein, die zu diesem Thema gehören. Eine der wichtigsten Fragen lautet sicher:

Was hat sich in jüngster Zeit im Denken vieler Sozialdemokraten verändert? Wie widerspiegelt sich die wachsende Kriegsgefahr im Bewußtsein von Sozialdemokraten?

Verändert sich ihre Einstellung zur „Sozialpartnerschaft“ angesichts der kapitalistischen Dauerkrise und der versuchten Wende nach rechts auch auf lohn- und sozialpolitischen Gebieten?

Wo sind heute die wichtigsten Felder des Zusammenwirkens von Kommunisten und Sozialdemokraten?

Wie können Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam für die 35-Stunden-Woche wirken?

Will die SPD in der Opposition nur Wählerstimmen sammeln?

Will die SPD die Friedensbewegung vereinnahmen? Strebt die DKP nach Aktionseinheit, um ihren Einfluß damit zu verstärken?

Kommunisten und Sozialdemokraten heute

Einleitung

„In dem Maße, wie die SPD aktiv dafür wirkt, daß die Stationierung (der US-Atomraketen) rückgängig gemacht wird, wie sie konsequent für eine Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West eintritt, wie sie sich gegen die totale Unterordnung unter die USA wendet, wird sie immer die Unterstützung von uns Kommunisten haben.

Und in dem Maße, wie sich die SPD in ihrer Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik an gewerkschaftlichen Forderungen, in ihrer Innenpolitik an der Bewahrung bürgerlich-demokratischer

Rechte, in ihrer Umweltpolitik an dem Anliegen vieler Bürgerinitiativen orientieren wird, wird sie in uns Kommunisten zuverlässige Partner haben.

Doch immer dann wird die SPD auf unsere Kritik und Auseinandersetzung stoßen, wenn sie den Forderungen der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, der Friedensbewegung, den zahlreichen Bürgerinitiativen zuwider handelt.“

Das erklärte der Vorsitzende der Deutschen Kommunistischen Partei, Herbert Mies, auf dem Parteitag der DKP im Januar 1984 in Nürnberg. Und er fügte hinzu:

„Wir Kommunisten bleiben



Herbert Mies, Vorsitzender der DKP, begründet auf dem 7. Parteitag der DKP in Nürnberg ausführlich die Notwendigkeit der Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten. Fotografiert von Manfred Scholz am 6. 1. 1984.

jedenfalls bei unserem Grundsatz, alles in der Politik der SPD zu unterstützen, was der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung nutzt, und alles zu bekämpfen, was ihnen schadet.“

In der jüngsten Vergangenheit hat sich vielfach bestätigt, daß die DKP nicht nur so spricht, sondern auch entsprechend handelt. Sie hat entschieden die Raketenstationierung bereits zu einem Zeitpunkt bekämpft, da entsprechende Pläne der NATO von SPD-Bundeskanzler Schmidt mitgetragen wurden. Zugleich haben Kommunisten gemeinsam mit sozialdemokratischen Kolleginnen und Kol-

legen in Betrieben und Gewerkschaften Friedensmanifestationen und Friedensinitiativen initiiert.

Konsequent wandten sich die Kommunisten gegen alle „Rotstift“-Pläne vormaliger SPD-geführter Bundesregierungen, wie sie gleichermaßen alle Aktivitäten sozialdemokratischer Gewerkschafter — beispielsweise für die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich — unterstützte und unterstützt. Die Kommunisten können so zielstrebig und beständig handeln, weil sie über einen zuverlässigen Kompaß verfügen: über die marxistischen Grundsätze der Aktionseinheitspolitik.



Bereits auf der großen Bonner Demonstration gegen die US-Atomraketenstationierung im Oktober 1981 engagierten sich zahlreiche Sozialdemokraten für Frieden und Abrüstung. Es dauerte zwei Jahre, bis der Kölner SPD-Parteitag 1983 ein klares Nein zu den Raketen aussprach. Das Foto von Manfred Scholz entstand am 10. 10. 1981.

I. Worin bestehen die Grundsätze der Aktionseinheitspolitik der DKP?

Wir kämpfen um die Aktions-einheit von Kommunisten und Sozialdemokraten vor allem wegen zwei grundlegender Einsichten. Da ist erstens die Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse die Hauptkraft des gesellschaftlichen Fortschritts unserer Zeit ist. Da ist zweitens die Einsicht, daß die kommunistische und die sozialdemokratische Richtung die beiden Hauptströmungen in der Arbeiterklasse unseres Landes darstellen.

Schon diese beiden Aussagen enthalten nicht wenige Probleme. Da ist zunächst die immer wieder mal gestellte Frage, ob denn tatsächlich die Arbeiterklasse die gesellschaftliche Hauptkraft unserer Zeit sei. Wir haben uns damit ausführlicher in einigen der letzten Bildungshefte befaßt (Neue soziale und/oder Arbeiterbewegung. Marx zur Rolle der Arbeiterklasse. Thema 3/1982-83). Für dieses Bildungsheft muß es darum genügen, kurz einige der Hauptgesichtspunkte zu wiederholen. Das führt dann direkt zur Erklärung dessen, was wir unter Aktionseinheit der Arbeiterklasse verstehen, und zur Begründung ihrer Notwendigkeit.

Ausgangspunkt: Arbeiterklasse

Im Programm der DKP heißt es: „Die entscheidende Kraft im Kampf gegen das Großkapital ist die Arbeiterklasse. Die Arbeiter und Angestellten bilden mit ihren Familienangehörigen die große Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik. Vor allem aber ist die Arbeiter-

klasse in unserem hochindustrialisierten Land der hauptsächlichliche Schöpfer aller Werte. Ohne ihre Arbeit könnte die Gesellschaft nicht existieren. Die Arbeiterklasse unterliegt am stärksten und unmittelbarsten der kapitalistischen Ausbeutung. Vor allem ihr Kern, die Industriearbeiterschaft, ist in starkem Maße in Großbetrieben konzentriert. Sie verfügt über starke Gewerkschaften und andere Organisationen. Sie verfügt mit der DKP über eine revolutionäre Partei, die ihre Tätigkeit auf den wissenschaftlichen Sozialismus gründet. In der Arbeiterklasse vollziehen sich, besonders unter dem Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution, bedeutende strukturelle Wandlungen... Diese sozialen Prozesse führen zur weiteren zahlenmäßigen Vergrößerung der Arbeiterklasse. Sie bewirken vor allem, daß sich das Gewicht der Arbeiterklasse, als der für Gegenwart und Zukunft der Bundesrepublik entscheidenden gesellschaftlichen Kraft, noch mehr erhöht“ (Programm der DKP, S. 72). Die Arbeiterklasse unseres Landes besteht aus den Arbeitern, der überwiegenden Mehrheit der Angestellten und einem Teil der Beamten. Ihr gehört eine große Zahl ausländischer Arbeiter an. Es gibt in dieser Klasse Differenzierungen. Dieser differenzierten Arbeiterklasse steht jedoch in Gestalt des in- und ausländischen Monopolkapitals ein mächtiger, hochorganisierter, über alle Mittel der Macht und der Meinungsmanipulation ver-

fügender und einheitlich handelnder Klassengegner gegenüber. Darum ist es notwendig, daß Arbeiter, Angestellte und Beamte zusammenstehen.

Was immer es an einzelnen Unterschieden etwa zwischen Arbeitern kleiner und großer Betriebe, deutschen und ausländischen Arbeitern, zwischen Beschäftigten verschiedener Industriezweige, zwischen beschäftigten und arbeitslosen, jungen und älteren Kollegen, zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten, zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen, christlichen und parteilosen Kollegen geben mag: gegenüber den grundlegenden objektiven Gemeinsamkeiten aller Angehörigen der Arbeiterklasse sind diese Differenzen zweit- oder dritrangig.

Gleiche Klasseninteressen

Die Angehörigen der Arbeiterklasse sind, da sie keine Produktionsmittel besitzen, gezwungen, vom Verkauf ihrer Arbeitskraft als Ware an die Kapitalisten zu leben. Darum sind sie alle vom Kapital ausgebeutet. Im Produktionsprozeß stehen sie, obgleich sie die Hauptproduzenten des gesellschaftlichen Reichtums sind, auf der untersten Stufe der Leiter. Sie werden kommandiert. Sie haben nur geringe Rechte, gerade so viele, wie sich die Arbeiterklasse erkämpfte. Ihr Anteil am gesellschaftlich erzeugten Reichtum ist so bemessen, daß sie stets Verkäufer ihrer Arbeitskraft bleiben. Ge-

genüber dem Kapital befinden sich alle Angehörigen der Klasse in der gleichen Grundposition. Daraus erwächst — trotz aller Spaltungsversuche — auf der Grundlage gleicher Klasseninteressen immer wieder solidarisches Verhalten der Arbeiter und Angestellten im Kampf um Lohn und Arbeitszeit, um die Verteidigung von Arbeitsplätzen, gegen Preistreiber und Mietwucher. Diese Solidarität, diese Aktions-einheit reicht über die unmittelbaren sozialen und ökonomischen Interessen hinaus. Sie verwirklicht sich auch in Bewegungen gegen Berufsverbote, in antiimperialistischen Solidaritätsaktionen und vor allem im Friedenskampf.

Die DKP geht von der Überzeu-

gung aus, daß „das wichtigste Unterpfand für den Erfolg der Arbeiterklasse im einigen Handeln, in der Aktionseinheit liegt. Das Ringen um die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse ist ein Kernstück der Politik der DKP“ (ebenda, S. 72).

Wir sahen, daß es — trotz gleicher objektiver Klassenlage — in den Köpfen der Arbeiterklasse weltanschaulich und politisch viel Unterscheidendes gibt. Wie kommen die Arbeiter am ehesten zur Einsicht ihrer gemeinsamen Klassenlage? Hier spielt die Aktionseinheit eine wesentliche Rolle: Überall dort, wo es zum gemeinsamen Handeln kommt, treten die weltanschaulichen Unterschiede zurück.

Kommunisten und Sozialdemokraten: die beiden Hauptströmungen

Aktionseinheit der Arbeiterklasse heißt also: durch das Zusammenwirken der verschiedenen Kräfte und Strömungen der Arbeiterbewegung, ungeachtet ihrer politischen und weltanschaulichen Meinungsverschiedenheiten, die gemeinsamen, politischen und sozialen Interessen in der Aktion zu verwirklichen. Aktionseinheit ist also nicht prinzipienloses Zusammengehen, sondern Einheit in der Aktion für die Durchsetzung von Klasseninteressen der Arbeiterklasse. Sie ist auch nicht der Versuch der einen Seite, die andere als Blutspender zu mißbrauchen. Sondern es geht um das Wirken für gemeinsam wichtige Ziele.

Das Kernstück der Aktionseinheit ist dabei das Zusammenwirken von Sozialdemokraten und Kommunisten. Denn sie

stellen die beiden Hauptströmungen der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik dar. Ohne ihr Zusammenwirken kann darum keine grundlegende Frage unseres Landes im Interesse der Arbeiterklasse gelöst werden.

Aber auch diese Feststellung, daß die kommunistische und die sozialdemokratische Richtung die beiden Hauptströmungen der Arbeiterklasse unseres Landes seien, wirft Fragen auf. Zum Beispiel diese: Ist da nicht auch eine christliche Strömung in der Arbeiterklasse vorhanden? Ist diese nicht stärker als die kommunistische? Ist also unsere Formulierung nicht wenigstens ergänzungsbedürftig? Oder gibt es nicht auch grün-alternative Einflüsse in der Arbeiterklasse unseres Landes? Ja, es gibt grün-alternative Ein-

flüsse in der Arbeiterklasse, aber entscheidendes Gewicht haben sie nicht. Insofern müssen wir unsere Formulierung nicht ändern. Und, ja, es gibt auch eine christlich-soziale Strömung in der Arbeiterklasse, und in ihrem Rahmen gibt es nicht wenige fortschrittliche Kräfte, etwa in der Katholischen Arbeiterjugend (CAJ). Wir wollen diese Kräfte nicht unterschätzen. Auch mit ihnen erstreben wir kameradschaftliche Zusammenarbeit, Aktions-einheit, vor allem in den Reihen der Einheitsgewerkschaft, des DGB.

I.

Aber **erstens** kann das gemeinsame Wirken von Kommunisten und Sozialdemokraten, wie die Geschichte zeigt, zugleich einen mächtigen Einfluß auf andere Teile der Arbeiterklasse, auf christliche und parteilose Arbeiter ausüben. Die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten ist also der Kristallisationskern für breitere Formen der Aktions-einheit — und deshalb so heftig vom Gegner bekämpft.

II.

Zweitens stehen die progressiven Teile der christlich-sozialen Arbeiterbewegung ideologisch und politisch bestenfalls auf reformistischen Positionen, so daß alles, was wir über die Notwendigkeit der Aktionseinheit mit sozialdemokratischen Kollegen sagen, auch für diese Teile der christlich-sozial beeinflussten Kräfte der Arbeiterbewegung gilt.

III.

Drittens ist die Hinneigung sozialdemokratisch organisierter oder beeinflusster Arbeiter und Angestellter zum Sozialismus

AKTIONS-PROGRAMM

Die militärische Niederlage der Hitler-Diktatur in Deutschland bedeutet noch nicht die völlige Ausrottung der Hitler-Ideologie. Das gesamte gesellschaftliche Leben des Landes ist von dieser Ideologie durchsetzt. Politik und Wirtschaft sind behaftet mit dem Geist der Totalität und ausgerichtet auf die Bestrebungen des faschistischen Imperialismus. Er hat in unserem ausgedehnten Kulturschaffen, insbesondere in der Schulung und Erziehung tiefe Spuren des Zwanges zur Lüge und Heuchelei hinterlassen. Rechtlosigkeit und Rassenwahn haben nicht wieder gut zu machende Schäden angerichtet. Ungeheuerliche Verbrechen sind die Folgen reaktionärer Autarkiepolitik. Die falsche Interesse der Welteroberungspläne, des skrupellosest unser Land in einen blutigen Ring von Terror und Gem dem deutschen Volke einen Trümmerhaufen des ges.

Die katastrophalen Folgen der Hitlerschen Politik sind der Beweis dafür, daß schon immer die Anhänger des Friede Völkerverständigung die wirklichen Patrioten und wot und nicht die imperialistischen Schreiöhalse und Rasse:

Es ist daher die Aufgabe dieser bewußten Antifa und wahrhaft deutschen Männer und Frauen, die Gru zur neuen Lebensführung unseres Volkes in Freiheit schaffen und verjüngt zu entwickeln.

Ohne Zweifel ist der Hauptträger der deutsche Auf ihren Schultern lag die Hauptlast des Krieges. In antifaschistischen Demokratie am brennendsten. Aus mit der Unterstützung der Arbeiter aller Länder n einheitlichen Deutschland neu erstehen.

Die blutige Lehre der 12jährigen Hitler-Diktatur i nach außen und seiner großen sozialen Umwälzunge Männer und Frauen eindeutig: „Einigkeit — Einheit! Bruderkampf!“

Sorge zu tragen, daß der Geist des Zwanges und der Gewalt aus unserem Kulturleben schnellstens und restlos verschwindet. Einrichtung von Bibliotheken und Lesehallen in allen Stadtteilen. Ausstattung zunächst mit Literatur der vorhitlerischen Zeit. Beschleunigte Wiederherstellung der verwahrlosten Parks und Grünanlagen. Errichtung einer Erinnerungsstätte inmitten der Stadt, die in ihrer Ausgestaltung dem Gedenken aller Opfer des Hitler-Systems gewidmet ist.

25. Volksaufklärung:

Freigabe des Rundfunks und der Presse für die antifaschistische Aufklärung und Unterrichtung der Bevölkerung wie auch für ihre geistige und kulturelle Bildung.

Es ist die gemeinsame Aufgabe der hamburgischen Politiker, Publizisten, Wissenschaftler, Künstler und Lehrer, aber auch jedes aufrichtigen Antifaschisten, auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens den verheerenden Geist des Preußentums auszuschalten. Dem Volk muß der klare Blick für seine Geschichte eröffnet werden. Die Hitlersche Verpreßung Deutschlands, die die fürchterlichste Vollendung der preußischen Ideologie war, ist diesmal gründlich und mit allen Wurzeln auszurotten.

An ihre Stelle muß der Geist des Friedens, der antifaschistischen Demokratie und der Völkerverständigung treten!

In der Überzeugung, daß alle werteschaaffenden Männer und Frauen Hamburgs, alle Werktätigen und die gesamte Jugend sich auf diesem Boden zur gemeinsamen Aktion zusammenfinden und mit allen arbeitenden Menschen Deutschlands ihre Pflicht tun, liegt der Beginn eines demokratischen Aufbruches der ganzen Nation!

Nachsatz:

Die öffentliche Proklamierung dieses Aktions-Programms hat, darüber herrscht volle Übereinstimmung unter den Vertretern der K. P. und S. P. Hamburgs, die Zustimmung der Militär-Regierung zur Bildung politischer Parteien zur Voraussetzung.

Hamburg, den 24. Juli 1945.

Als Vertreter
der ehemal. Kommunistischen Partei
Hamburgs:

Als Vertreter
der ehemal. Sozialdemokratischen Partei
Hamburgs:

Willy Grünwald
Friedrich Dittmann
Friedrich Dettler
Paul Voss

Narr Hartmann
Willy Lehmann
Kurt Guedemann

H. O. Fersieh, Hamburg 11. 1795/10000/2. 46. Klasse C

Durchlesen und weitergeben!

Kommunisten und Sozialdemokraten bilden die beiden Hauptströme der Arbeiterbewegung. Das zeigte sich deutlich unmittelbar nach der Zerschlagung des Faschismus. Sozialdemokraten und Kommunisten fanden sich zu gemeinsamem Handeln zusammen, wie dieses Aktionsprogramm von SPD und KPD in Hamburg zeigt. Es entstand im Juli 1945.

(bei aller Verworrenheit ihrer Sozialismusvorstellungen), auch durch die Tradition bedingt, doch wesentlich größer, als das bei christlich-sozial beeinflussten Arbeitern und Angestellten gilt, so daß die sozialdemokratisch beeinflussten Arbeiter uns als Adressaten der Aktionseinheitspolitik näherstehen.

IV.

Viertens sind auch die im Betrieb und in der Gewerkschaft entstandenen Kontakte zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern in der Regel tiefer und weiter ausgebreitet als die zu christlich-sozialen Kollegen.

V.

Und **fünftens** stellt die kommunistische Richtung in der Arbeiterklasse aus wenigstens folgenden Gründen – trotz ihrer gegenwärtig noch zahlenmäßigen Schwäche, was ihren Masseneinfluß angeht – neben der sozialdemokratischen die Hauptströmung dar:

- Die kommunistische Richtung ist fest verankert in der besten Tradition der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung, die bereits in der Mitte des vorigen Jahrhunderts begann.
- Die kommunistische Richtung ist Ausdruck der marxistischen Orientierung der Arbeiterbewegung, was gewaltige, durch nichts zu ersetzende ideologische und politische Konsequenzen hat. Denn erst vom Standpunkt der marxistischen Orientierung wird es möglich, im Kampf um die Tages- und Zukunftsinteressen das sozialistische Ziel der Arbeiterbewegung anzuvisieren und den Kampf um die heutigen und morgigen Interessen mit diesen Zukunftsinteressen eng zu verbinden.
- Die kommunistische Richtung aber hat nicht nur tiefe Wurzeln in der Geschichte des eigenen Volkes und der Arbeiterklasse der eigenen Nation, sondern sie ist ein fester Bestandteil der größten weltanschaulichen und politischen Kraft unserer Zeit, der kommunistischen Weltbewegung.

NOTIZEN

Überwinden oder reformieren?

Im Grunde genommen gibt es **nur** zwei Verhaltensweisen der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus: Entweder geht es darum, ihn zu überwinden, oder darum, ihn zu reformieren. Also stellen die kommunistische * und sozialdemokratische Richtung die beiden Hauptströmungen in der Arbeiterklasse dar.

Deshalb also sagen wir: Das Kernstück der Aktionseinheit ist das Zusammenwirken von

Sozialdemokraten und Kommunisten.

Ist das nun nur ein Wunschtraum von uns? Oder gibt es nicht auch geschichtliche Belege für die Richtigkeit unserer Politik?

Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse im nationalen und internationalen Maßstab ist die mächtigste Waffe, die sie nicht nur zur erfolgreichen Verteidigung, sondern auch zur Offensive gegen den Klassenfeind



Große Erfolge erzielt die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten an den Hochschulen: so beim Kampf gegen den BAföG-Abbau (BAföG = Bundesausbildungsförderungsgesetz) und gegen die Rüstungspolitik. In den letzten Wochen des Jahres 1983 stimmten in einer selbstorganisierten Volksbefragung an 136 Hochschulen von 261 300 Befragten 87,5 Prozent gegen die US-Raketenstationierung. – Das Foto entstand bei einer sozialen Protestaktion von Studenten am 9. Juni 1983 in Essen.

befähigt. Dabei dient die Aktionseinheit allen Klassenorganisationen der Arbeiter. Immer dort, wo die Arbeiterklasse dem Großkapital ihren Klassenzusammenhalt und ihre Solidarität entgegensetzte, erlitten die Monopole und die ihnen gefügigen Regierungen Niederlagen, wurden sie gezwungen, dem Proletariat auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet Zugeständnisse zu machen. Die Volksfrontregierungen in Frankreich und Spanien in den dreißiger Jahren, deren Kern die Aktionseinheit von Kommunisten und So-

zialdemokraten war, die Fortschritte auf dem Wege zur Schaffung der internationalen Gewerkschaftseinheit in den dreißiger und vierziger Jahren gehören zu den ruhmreichen Zeiten der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung. Die Errungenschaften des chilenischen Volkes unter der Unidad Popular wären nicht möglich gewesen ohne das Zusammenwirken der wichtigsten Strömungen der Arbeiterbewegung dieses Landes. Die Nationalisierung wichtiger Bereiche der Wirtschaft, der Bodenreform, die demokratischen

Rechte und Freiheiten als Ergebnisse der portugiesischen Revolution wären undenkbar ohne diese gegen den Widerstand der Soares-Führung der Portugiesischen Sozialistischen Partei immer wieder durchgesetzte Aktionseinheit von Kommunisten, Sozialisten und christlichen Arbeitern in Betrieben und Orten. Immer dann, wenn es der Soares-Führung gelang, diese Aktionseinheit zu torpedieren, konnten die Rechten Errungenschaften der Revolution rückgängig machen.

Opportunismus führt zu Niederlagen

Ist die Aktionseinheit der Arbeiterklasse eine wichtige Quelle ihrer Erfolge, so ist die Spaltung ihrer Reihen durch Imperialismus und Opportunismus eine der tiefsten Ursachen für Niederlagen und Schwierigkeiten in Vergangenheit und Gegenwart. Dies gilt auch für unser Land. Die in gemeinsamer Aktion der Arbeiter herbeigeführte Niederlage der Kapp-Putschisten hat nicht nur den Kommunisten genützt. Aber in-

folge der anschließenden Spaltungstätigkeit rechtssozialdemokratischer Führer wurden im Ruhrgebiet nicht nur die Arbeiterkampfverbände niedergeschlagen, sondern führte dies direkt zur Stärkung gerade jener Reaktion, die zuvor eine Niederlage erlitten hatte. 1926 stritten Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam dagegen, daß den enteigneten deutschen Fürsten eine hohe Abfindung gezahlt werden soll-

te. Hätten die sozialdemokratischen Führer 1932/33 die kommunistischen Einheitsfrontangebote angenommen, gemeinsam wäre es gelungen, dem Faschismus den Weg zur Macht zu verlegen. Was alles wäre nicht nur unserem Volk dabei erspart geblieben! Nach der Zerschlagung des Faschismus haben Kommunisten und Sozialdemokraten in wichtigen Bereichen zusammengewirkt.

Gemeinsamkeit mit Erfolgen

Sie schufen zum Beispiel die Einheitsgewerkschaft und fortschrittliche, gegen das Großkapital gerichtete Bestimmungen in den Landesverfassungen verschiedener Bundesländer sowie fortschrittliche Mitbestimmungsgesetze. Vieles von dem konnte erst zerstört werden, nachdem sozialdemokratische Führer das gemeinsame Wirken von Kommunisten und Sozialdemokraten unterbanden. Bedeutet dies, daß die Aktions-

einheit nur mit linken sozialdemokratischen Kräften möglich sei? Richtig ist, daß es Probleme gibt, wenn es um die Herstellung der Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten geht. Wir äußern uns dazu in unserem Parteiprogramm: „Die DKP übersieht nicht die Schwierigkeiten, die dem Zusammenwirken von Kommunisten und Sozialdemokraten entgegenstehen. Das Haupthindernis liegt in der Politik und Ideologie der rechtssozialdemokratischen

Führer, die das kapitalistische System verteidigen, die Interessen des arbeitenden Volkes denen des Großkapitals unterordnen, mit ihrem Antikommunismus die Spaltung der Arbeiterklasse vertiefen und mit administrativen Mitteln Sozialdemokraten am gemeinsamen Handeln mit Kommunisten hindern. Diese Politik schadet dem arbeitenden Volk der Bundesrepublik und steht im Gegensatz zu der zunehmenden Tendenz der Zusammenarbeit

VOLKSENTSCHEID

am 1. Dezember 1946

Verfassung des Landes Hessen



Das Zusammenwirken von Sozialdemokraten und Kommunisten führte nach 1945 zur Verabschiedung fortschrittlicher Landesverfassungen mit antifaschistischen, antimilitaristischen und antimonopolistischen Inhalten. Dafür stimmten große Mehrheiten der Wähler in Volksentscheiden.

von Sozialdemokraten und Kommunisten in anderen kapitalistischen Ländern. Diese Politik trägt die Widersprüche der kapitalistischen Klassengesellschaft in die Sozialdemokratie hinein. Sie mißachtet die geschichtlichen Lehren von der Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterklasse. Sie ruft Besorgnis bei jenen Sozialdemokraten hervor, die sich der Arbeiterklasse und den sozialistischen Idealen verpflichtet fühlen" (ebenda, S. 74f.) Dennoch sagen wir eindeutig, daß wir ein vertrauensvolles, kameradschaftliches Verhältnis zu den Mitgliedern, Anhängern und Organisationen der Sozialdemokratie, zur SPD als Ganzes suchen: „Sie" (die DKP) „tritt, geleitet von den Interessen der Arbeiterklasse, für die Zusammenarbeit mit der SPD ein" (ebenda, S. 73).

Zwei Seiten

Aus dem Dargelegten ergibt sich auch, daß für uns die Aktionseinheit immer zwei Seiten hat: Sie erfordert immer die Beachtung und Hervorhebung der gemeinsamen Interessen und der Möglichkeiten zum praktischen, einheitlichen Handeln. Aber sie erfordert andererseits auch die Kritik und Auseinandersetzung mit bürgerlichen Einflüssen in der Arbeiterbewegung, die dem gemeinsamen Wirken der Arbeiterklasse entgegenstehen. Jeder Verzicht auf eine kritische Auseinandersetzung mit prokapitalistischer Politik würde letztlich bedeuten, daß sich die Arbeiterklasse den Interessen des Großkapitals unterordnet. Dabei sagen wir aber im Parteiprogramm, wie wir diese Auseinandersetzung führen wollen: „Die DKP tritt für die ehrliche und freimütige Diskussion zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten ein, die im-

mer so geführt werden sollte, daß gemeinsames Handeln gefördert und nicht erschwert wird. Die DKP will selbst die geringste Übereinstimmung zum Ausgangspunkt des gemeinsamen Wirkens für gemeinsame Anliegen machen. Gerade im Interesse der Aktionseinheit der Arbeiterklasse bleibt jedoch die prinzipielle Auseinandersetzung mit dem Antikommunismus, mit der Ideologie der Sozialpartnerschaft mit allen Angriffen auf die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten unverzichtbar" (ebenda, S. 74).

Sachlichkeit

Wir wollen also die notwendige Auseinandersetzung mit der den Arbeiterinteressen widersprechenden Ideologie und Praxis rechtssozialdemokratischer Führer sachlich und überzeugend an konkreten, für den sozialdemokratischen Arbeiter nachprüfbaren Beispielen führen. Wer die sachliche Überzeugungsarbeit dadurch ersetzen will, daß er die sozialdemokratischen Führer als Verräter und Agenten beschimpft, der wird kaum sozialdemokratische Arbeiter für den gemeinsamen Kampf gewinnen können. Sozialdemokraten, die ihre Führer für Verräter hielten, würden für den Ausschluß dieser Verräter aus ihrer Partei eintreten oder sich doch von dieser Partei trennen. In der Aktionseinheit kommt es aber nicht in erster Linie darauf an, mit solchen Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten, die in einem solchen Maße mit der prokapitalistischen Politik ihrer Führer in Widerspruch geraten, daß sie die SPD verlassen. Adressat unserer Aktionseinheitspolitik sind die sozialdemokratischen Genossen. Darum ist alles, was das gemein-

same Handeln auf der Grundlage der Klasseninteressen der Arbeiter mit ihnen erleichtert, richtig, was ihm entgegensteht falsch.

Kein Abstempeln

Das pauschale Abstempeln sozialdemokratischer Führer ist aber nicht nur falsch, weil es die Masse der Sozialdemokraten von der gemeinsamen Aktion abhält, es ist auch sachlich eine unzulässige Vereinfachung. Über die objektive Rolle der Politik sozialdemokratischer Führer bei dem Bemühen, das staatsmonopolistische System in der Bundesrepublik zu erhalten und zu stabilisieren, haben wir in den Dokumenten unserer Partei keinen Zweifel gelassen. Es ist allerdings unrichtig, diese objektive Rolle als subjektive Tätigkeit von Agenten und Verrätern hinzustellen und das auch noch pauschal auf die sozialdemokratische Führung auszudehnen.

Viele Ansätze

Aus diesem Herangehen der DKP ergibt sich also mit Notwendigkeit, daß wir unsere Aktionseinheitsangebote nicht nur an die sozialdemokratischen Mitgliedermassen richten, sondern an die gesamte Partei, auch an ihre Führung. Dabei ergeben sich vielfältige Möglichkeiten des Ringens um Aktionseinheit. Neben der Zusammenarbeit am Arbeitsplatz, im Betrieb, in der Gewerkschaft entwickelt sich das gemeinsame Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten heute vor allem in der Friedensbewegung. Überall dort, wo das tägliche Leben die Arbeiter vor gemeinsame Probleme stellt, geht es darum, um Aktionseinheit zu ringen. In der

Große Maikundgebung in Stuttgart

VERANSTALTET VON DEM WÜRTT. GEWERKSCHAFTSBUND
UND DEN VIER ZUGELASSENEN POLITISCHEN PARTEIEN

Am 1. Mai 1946 - 10 Uhr - im Hof der Rotebühlkaserne

ES SPRECHEN:

- | | | |
|-------------------------|-----------------------|------------|
| 1. Herr Innenminister | Fritz Ulrich | SPD |
| 2. Herr Konsul | Henry Bernhard | DVP |
| 3. Herr Arbeitsminister | Rudolf Kohl | KPD |
| 4. Herr Landessekretär | Artur Ketterer | CDU |

DIE KUNDGEBUNG WIRD UMRAHMT VON

Massenchören der Brennerschen Chorvereinigung

(Chormeister Kurt Brenner)

und von Musikvorträgen eines Blas-Orchesters

(Leitung: Herr Kapellmeister Kiesow)

Es ergeht an die gesamte Bevölkerung unserer Stadt der Ruf, durch einen Massenbesuch der Kundgebung den Lebenswillen unseres Volkes zu beweisen und ein geschlossenes Bekenntnis abzulegen für ein einiges Deutschland der Demokratie, der Freiheit, des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit

Verantwortlich: Hans Stettin, Stuttgart, Rotestr. 26. Auflage: 400
Druck: Ernst Roth, A.-B. Pöschel, Stuttgart

Das Maikomitee

Aktionseinheit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten schloß nach 1945 selbstverständlich die Gewerkschaften ein und wirkte auch auf die damalige CDU. Ausschnitt aus einem Plakat zur Stuttgarter Mai-Kundgebung im Jahre 1946.

praktischen Arbeit reifen neue Einsichten heran, werden Vorbehalte abgebaut, nimmt die Übereinstimmung in Grundfragen des Klassenkampfes zu, entstehen günstigere Voraussetzungen für die Festigung der Aktionseinheit. Dabei er-

streben wir die „Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten nicht nur für die unmittelbare Gegenwart, beim Ringen um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“. Wir wollen „diese Zusammenarbeit auch für die Zu-

kunft, im Kampf für die Zurückdrängung und Überwindung der Macht der Monopole, für eine antimonopolistische Demokratie, für die sozialistische Umgestaltung der Bundesrepublik“ (Programm der DKP, S. 74).

II. Worin besteht das Neue für die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten heute?

Jedes verantwortungsbewußte Mitglied der Arbeiterbewegung unseres Landes weiß heute, daß die Arbeiterbewegung vor 1933 und Teile davon auch noch 1933 große Fehler begingen, die es den Faschisten erleichterten zu siegen. Aber leben wir heute, angesichts einer die Fortexistenz der menschlichen Gattung bedrohenden Kriegsgefahr, nicht in einer Zeit, die von uns noch mehr Verantwortungsbewußtsein abverlangt als 1933? Ist es nicht richtig, wenn gesagt wird, die

Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten im Kampf gegen den Faschismus wäre im Namen der Verteidigung der Demokratie nötig gewesen? Das haben in zu später Erkenntnis und unter dem Druck der Ereignisse auch sozialdemokratische Führer zugegeben. So schrieben sie im 1934 in Prag veröffentlichten Manifest: „Der Kampf zum Sturz der Diktatur kann nicht anders als revolutionär geführt werden. Ob Sozialdemokrat, ob Kommunist, ob Anhänger

der zahllosen Splittergruppen, der Feind der Diktatur wird im Kampf durch die Bedingungen des Kampfes selbst der gleiche sozialistische Revolutionär. Die Einigung der Arbeiterklasse wird zum Zwang, den die Geschichte selbst auferlegt.“ (Das Prager Manifest von 1934, W. Runge 1971.) Leider schlug ein großer Teil der sozialdemokratischen Führer nach der Niederlage des Faschismus diese eigene Erfahrung in den Wind.

Für Kommunisten und Sozialdemokraten: Das Wichtigste ist der Frieden!

Und wäre es nicht noch weit wichtiger, wenn es nicht nur um die Verteidigung der Demokratie geht, sondern um die Fortexistenz menschlichen Lebens auf diesem Planeten, daß Sozialdemokraten und Kommunisten ihre Verantwortung wahrnehmen? Wir haben gewiß tiefgehende ideologische und politische Meinungsverschiedenheiten. Uns mögen Vorstellungen über das sozialistische Ziel und über den Weg dorthin trennen, aber wenn wir den Frieden nicht erhalten, können wir uns über diese Meinungsverschiedenheiten nicht mehr streiten. Nicht die Losung der Reagan, Strauß und Co. ist die unsrige: „Keinen Frieden ohne Freiheit“, sondern unser Wort heißt: „Wenn wir den Frieden nicht verteidigen, können wir uns nicht mehr darüber streiten, was Freiheit ist!“ Angesichts der riesigen Gefah-

ren nicht nur für den Frieden, sondern auch der Aufgaben, die sich aus dem Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Massen ergeben, oder die darin bestehen, die gewaltigen Umweltschutzaufgaben so zu lösen, daß unser Land auch für die kommenden Generationen bewohnbar bleibt, ist das Ringen um die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten mehr als je notwendig.

Dieses Ringen um Aktionseinheit ist aber heute nicht nur notwendiger denn je, sondern es sind hierfür auch neue Bedingungen entstanden. So ist in unserem Land in beiden Arbeiterparteien eine Generation in die politische Verantwortung hineingewachsen, die die außerordentlich ersten, harten und schweren Auseinandersetzungen zwischen beiden Parteien in der Periode der Wei-

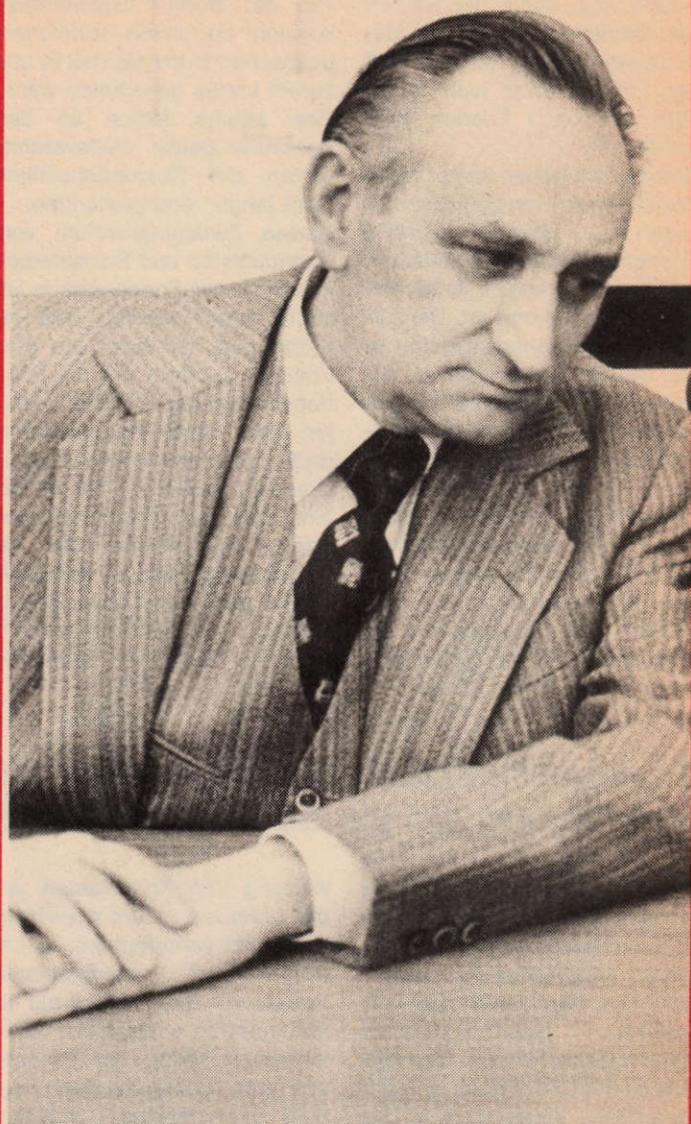
marer Republik — mit all ihren tiefen Folgen und Auswirkungen — nicht mehr selbst erlebt hat. Sie geht deshalb sachlicher miteinander um.

Weiterhin sind neue Felder des gemeinsamen Wirkens entstanden, vom Kampf um den Frieden bis zur Hochschule, vom Widerstand gegen die Abwälzung der Krisenlasten bis zum Protest gegen die Berufsverbote, vom Kampf um die Verteidigung dessen, was unter sozialdemokratisch geführten Regierungen an Reformen durchgesetzt werden konnte, bis hin zur Solidarität mit den in den Ländern der dritten Welt um ihre Freiheit kämpfenden Völkern.

Da ist vor allem in der letzten Zeit das Feld des gemeinsamen Ringens um den Frieden. Hier sind in den letzten Jahren wichtige Veränderungen eingetreten. Sozialdemokratische

Genossen sind in großer Zahl aktiv in der Friedensbewegung geworden. Die Gewerkschaften haben sich stärker in den Kampf um den Frieden eingeschaltet. Ausdruck dessen waren zum Beispiel gewerkschaftliche Aktivitäten am 1. September, dem Antikriegstag, der fünfminütige Proteststreik des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 5. Oktober gegen neue Atomraketen, nicht weniger Aktivitäten am 19. Oktober, sodann am 22. Oktober. Schließlich findet dies seinen stärksten Ausdruck in den Beschlüssen des Kölner Parteitags der SPD und in den fünf Gewerkschaftstagen, die in den letzten Monaten stattfanden. Der Parteitag und die Gewerkschaftstage entschieden sich gegen die amerikanische Raketenpolitik. Die Gegner des NATO-Doppelbeschlusses, die auf den Parteitagen in Berlin und München noch in der Minderheit waren, sind auf dem Kölner Parteitag zur überwältigenden Mehrheit geworden. Die Raketenbefürworter, die Schmidt und Apel, sind in dieser Frage in ihrer Partei geradezu eine Randgruppe geworden. Immer mehr Sozialdemokraten überwinden zugleich die Schranken, die sie vom gemeinsamen Friedenskampf mit Kommunisten abhalten sollen. Von besonderer Bedeutung ist hierbei das Wort, das Egon Bahr vor einigen Wochen formulierte, daß Kommunisten und Sozialdemokraten zwar ideologische Gegner seien, daß sie aber im Kampf um den Frieden zusammenwirken müßten.

Dies klingt doch ganz anders als das furchtbare Wort: „Lieber tot als rot!“ Und es ist auch eine andere Formulierung als die: „Kein Frieden ohne Freiheit!“ Denn damit wird der Kampf um den Frieden dem Kampf um die Freiheit — der



Egon Bahr, führender SPD-Politiker: „Die Priorität bleibt der Friede, ohne den nichts mehr geht. Und dafür sind eben, im atomaren Zeitalter, Kommunisten unentbehrliche Partner, weil es im atomaren Zeitalter nur noch gemeinsame Sicherheit gibt. Sie zu organisieren ist erstes Ziel; es wäre eine Illusion zu glauben, daß damit die Gegensätze zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten aufgehoben wären. Wessen Auffassung sich durchsetzt, ist eine geschichtliche Entscheidung. Damit es sie gibt, muß es auch künftig Geschichte geben: Die Erhaltung des Friedens ist die Voraussetzung für alles.“ (Aus VORWÄRTS, 20. 10. 1983)

Kapitalisten natürlich — untergeordnet, d. h. das „Zurückrollen des Sozialismus“, also der Krieg!, als „Friedenspolitik“ verkauft!! Egon Bahrs Formulierung zeigt, daß in den Reihen der Sozialdemokratie das Bewußtsein darüber wächst, daß der Frieden zwar nicht alles, aber daß ohne Frieden alles nichts ist.

Gemeinsam gehen immer mehr Sozialdemokraten und Kommunisten dazu über, betriebliche Friedensinitiativen aufzubauen, was von geradezu entscheidender Bedeutung ist. Sie tragen die Friedensdiskussion in die Betriebe, mobilisieren Arbeiter und Angestellte für den Friedenskampf. Gerade im Bereich der Arbeiterklasse sind noch große unerschlossene Reserven. Sie liegen vor allem in den Betrieben. Hier, im Zentrum des kapitalistischen Ausbeutungssystems, in den Betrieben, liegt zugleich die eigentliche Kraft, mit deren Hilfe

alle Grundprobleme gelöst werden könnten. Wir brauchen uns ja nur zu fragen, wie die Entwicklung in unserem Lande verlaufen wäre, wenn es am Tag der Bonner Raketendiskussion zu einem wirklichen politischen Generalstreik in unserem Lande gekommen wäre. Eine solche Aktion an der Nahtstelle beider Weltsysteme hätten die Rüstungspolitiker nicht lange durchgestanden.

Dieses Zusammenwirken von Kommunisten und Sozialdemokraten in der Friedensfrage ist auch darum wichtig, weil es Kräfte gibt, die nicht um den Frieden, sondern um die Friedensbewegung kämpfen wollen und dabei Kommunisten und Sozialdemokraten auszugrenzen versuchen. Sie wollen eine andere Friedensbewegung, eine solche, die als „blockübergreifende“ den Stoß gegen den realen Sozialismus richtet. In Wirklichkeit melden sich hier bestimmte politische

Kräfte aus dem Lager der lohnabhängigen Mittelschichten, der „Grünen“, auch aus dem ehemaligen maoistischen Umkreis zu Wort, auch einige „anarchistisch“ gestimmte Kräfte, denen es nicht in der Hauptsache um den Frieden geht, sondern die hoffen, in der Friedensbewegung „Rekruten“ für den Aufbau ihrer eigenen Organisationen sammeln zu können. Und dies würde in Wirklichkeit eine Gefahr für die Einheit der Friedensbewegung sein und **objektiv** für die Gegner der Friedensbewegung eine fast unbezahlbare Hilfe sein. Wir meinen, daß dieser Gefahr um so besser entgegengewirkt werden kann, je einiger Kommunisten und Sozialdemokraten in der Friedensbewegung wirken, je mehr es ihnen gelingt, die Kraft der Arbeiterklasse in die Friedensbewegung einzubringen.

Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam für die 35-Stunden-Woche

Von ebenso großer Bedeutung ist das Zusammengehen von Kommunisten und Sozialdemokraten angesichts der gegenüber den 70er Jahren tief veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Wir haben es mit einer tiefen, lang andauernden Krise zu tun. Sie wird verstärkt durch die wahn sinnige Hochrüstung und den damit notwendig verbundenen Sozialabbau. Wir leben unter den Bedingungen eines enormen ökonomischen und sozialen Drucks. Längst geht es nicht mehr darum, Reformen durchzuführen, sondern, weil Kanonen und Butter gleichzeitig nicht mehr möglich sind, ein gewaltiges Programm der Ab-

wälzung von Krisenlasten auf die Massen durchzusetzen. Dies wird verknüpft mit einem Angriff auf demokratische Rechte der Massen und mit einer gewaltig verstärkten ideologischen Demagogie. Es geht um das „Eingemachte“ auf dem ökonomischen, sozialen und politischen Gebiet. Und es ist nötig, hiergegen den Kampf zur Verteidigung des Errungenen zu organisieren. Nur aus diesem Kampf heraus kann jene Kraft erwachsen, die es möglich machen wird, weitergehende Ziele anzuvisieren und das Erreichte zu erweitern, also für neue Reformen zu kämpfen.

In diesen Auseinandersetzungen

geht es gegenwärtig vor allem um die Erkämpfung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Sie ist nicht nur notwendig des beschäftigungspolitischen Effekts wegen, sondern auch, weil die enorm gestiegene Intensität der Arbeit mit einem solchen Ausmaß an Vernutzung und Verbrauch von Arbeitskraft verbunden ist, daß die Arbeiter mehr Freizeit nötig haben, um ihre Arbeitsfähigkeit wieder erneuern zu können.

Der Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wird die gesamte Kraft der Arbeiterklasse erfordern, ihre Solidarität, ihre Solidarität auch über die eigenen Reihen



Gesine Schwan: Die SPD und die westliche Freiheit

Gesine Schwan, Jahrgang 1943, Professorin für Politikwissenschaften an der FU Berlin, ist Mitglied der Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand; Veröffentlichungen zur Demokratietheorie, Sozialismustheorie, zur Politischen Philosophie und zum Marxismus; letzte wichtige Veröffentlichung: Sozialismus in der Demokratie? Theorie einer konsequent sozialdemokratischen Politik, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1982.

I.

Zum Erstaunen und zum Ärger vieler scheint die derzeitige Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß die SPD völlig in Bann zu schlagen. Trotz zahlreicher Appelle, sich weniger um den Beschluß und mehr um Arbeit und Arbeitspolitik zu kümmern, ist die SPD in der Kritik

auch und grundlegend zwischen den Systemen westlichen Demokratien und der kommunistischen Einparteiendiktaturen. Sozialdemokraten gehen diesem Konflikt klar zum Westen.

2. Die Gefahr für den Frieden im Ost-West-Konflikt entsteht erstens dadurch, daß die Sowjetunion durch ihre Hegemonialpolitik die westliche Freiheit droht und wir diese Freiheit im Falle eines sowjetischen Angriffs, notfalls militärisch, verteidigen müssen. Sie entsteht zweitens durch die Anhäufung von Rüstung in Ost und West, die aus dem gegenseitigen Mißtrauen folgt und dieses zugleich steigert.

Von dieser Einschätzung ausgehend zielt der NATO-Doppelbeschluß gleichzeitig auf die Erhaltung der westlichen Freiheit und auf eine begrenzte Abrüstung. Von den Gegnern der Politik des NATO-Doppelbeschlusses, die sich in der Vergangenheit mehr und mehr durchsetzen, wird eine entscheidende Voraussetzung in dieser Einschätzung nicht geteilt: die skizzierte Beurteilung und das Gewicht des Ost-West-Konflikts für die Erhaltung von Freiheit und Frieden. Für sie gibt es keinen Ost-West-Konflikt als Systemkonflikt.

Konkurrenz

Mein erstes Fazit lautet daher: Nur wer die Augen vor der sowjetischen Bedrohung verschließt, kann die Politik des Doppelbeschlusses so mühelos verlassen, wie uns dies von maßgeblichen Teilen der SPD zur Zeit vorgeführt wird. Wer dies tut, dem bedeutet die Erhaltung der westlichen Freiheit nicht viel.

Neben solchen Stimmen wie die von Egon Bahr gibt es auch solche von Gesine Schwan, die in der theoretischen Zeitschrift der SPD, „Die Neue Gesellschaft“, Nr. 10/1983, veröffentlicht sind. Sie behauptet: „Nur wer die Augen vor der sowjetischen Bedrohung verschließt, kann die Politik des Doppelbeschlusses so mühelos verlassen, wie uns dies von maßgeblichen Teilen der SPD zur Zeit vorgeführt wird. Wer dies tut, dem bedeutet die Erhaltung der westlichen Freiheit nicht viel.“

Wir können keine Antwort für die angegriffenen Sozialdemokraten geben, denen angeblich „die Erhaltung der westlichen Freiheit nicht viel bedeutet“.

Aber wir können Frau Schwan fragen: Worin besteht die „sowjetische Bedrohung“?

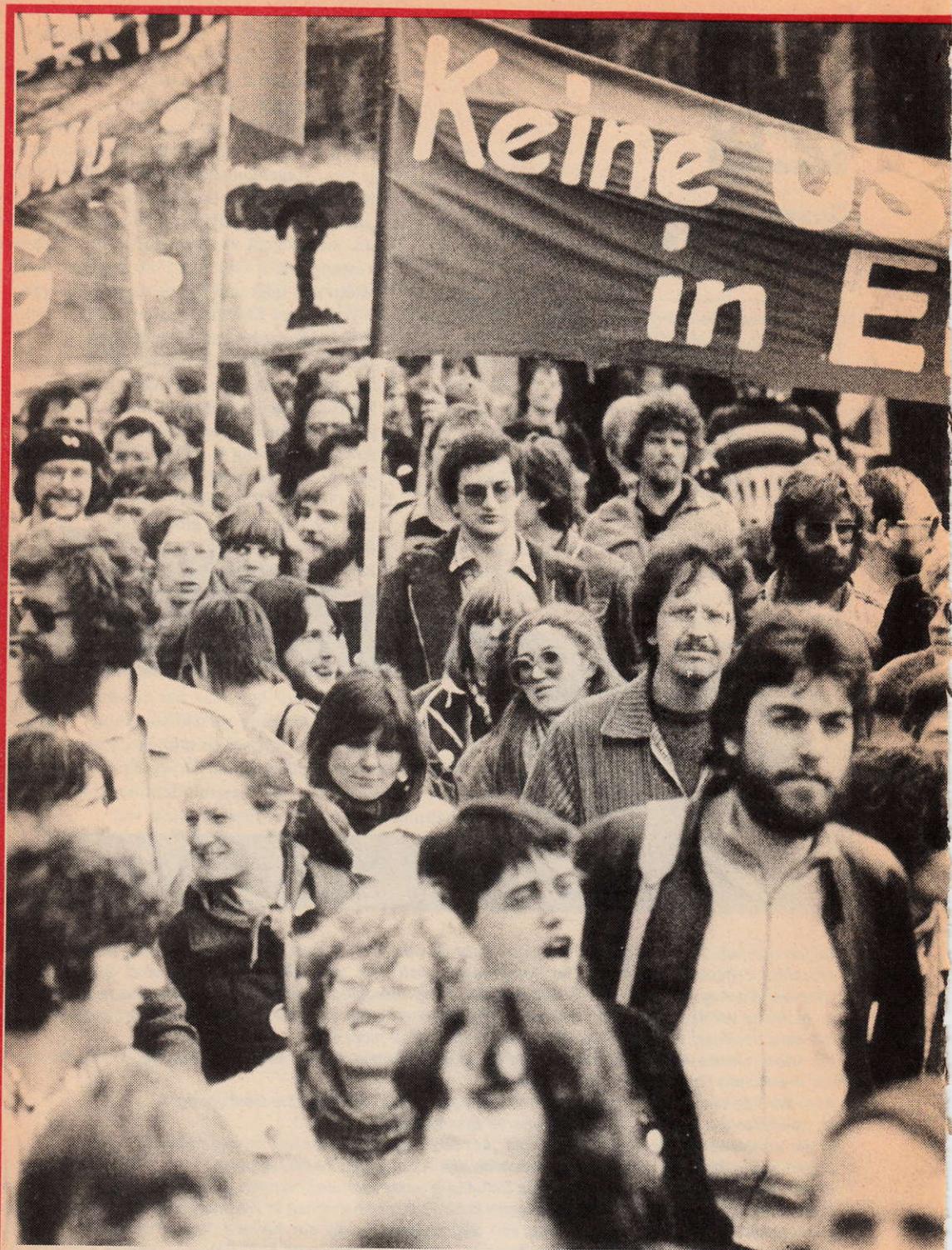
Im sowjetischen Verzicht auf den atomaren Erstschatz?

In der sowjetischen Bereitschaft, auf den „konventionellen“ Erstschatz zu verzichten?

In den sowjetischen Vorschlägen, tatsächlich alle Atomwaffen zu beseitigen?

In der sowjetischen Bereitschaft für die Schaffung eines atomwaffenfreien Europas?

Randbemerkung: Frau Schwan ist Professorin für Politikwissenschaft in Westberlin. Wie verträgt sich Wissenschaftlichkeit mit der Verwendung von Begriffsstereotypen der Kalten-Kriegs-Propaganda? Was ist das – „westliche Freiheit“? Liegt „der Westen“ etwa in Grenada oder in El Salvador oder in den Südstaaten der USA oder in den Slums von New York oder in Südkorea oder im Libanon oder in den Arbeitsämtern der kapitalistischen Zentren oder in Südafrika oder in den bundesdeutschen Verwaltungen, die Berufsverbote aussprechen?



Eine der größten Demonstrationen der Friedensbewegung erlebte München im Jahr 1982. Hier versammelten sich mehr als 50 000 Menschen anlässlich des SPD-Parteitag, der sich damals noch zur NATO-„Nachrüstung“ bekannte. Unter den Demonstranten zahlreiche Sozialdemokraten, die auf Transparenten



mit ihrem Parteiemblem unzweideutig forderten: „Keine US-Atomraketen in Europa!“ – Klaus Rose fotografierte am 17. April 1982 auf dem Weg zum Königsplatz.

hinaus. Es ist notwendig, alle Versuche abzuwehren, die die Arbeiter in diesem Kampf spalten sollen. Die Losung heißt also: Aktionseinheit.

Für diese Auseinandersetzung und für dieses gemeinsame Wirken haben die sozialdemokratische und die kommunistische Richtung in der Gewerkschaft viel einzubringen. Die Sozialdemokraten ihre unbestrittene zahlenmäßige Stärke, ihren großen Einfluß in der Gewerkschaft, der dort der bestimmende ist. Dazu kommen ihre starken Positionen in den Betrieben unseres Landes.

Außerdem sind sie in Parlamenten, Medien und anderen Institutionen stark verankert und können aus diesem Be-

reich den Kampf der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich mächtig unterstützen. Die Kommunisten bringen außer ihrer Zahl im Kampf erfahrener und gutorganisierter und aufopferungswilliger Kräfte auch ihre revolutionär-sozialistische Weltanschauung mit ein, die es ihnen erleichtert, Spaltungsmanöver, sozialpartnerschaftliche Winkelzüge und ähnliches zu durchschauen und den Arbeitern diese Manöver zu erklären.

Wie unumgänglich das Zusammenwirken von Kommunisten und Sozialdemokraten ist, das hat sich auch bei den Werftbesetzungen in Hamburg und in

Bremen und in anderen sozialen Bewegungen gezeigt. Ohne den Stamm erfahrener Funktionäre beider Parteien, die es verstehen, konkrete Kämpfe zu organisieren, die es verstehen, die Solidarität zu organisieren, die auch die Erfahrung besitzen, wie notwendig Disziplin in solchen Kämpfen ist, ohne alle diese Eigenschaften wäre es nicht möglich gewesen, den Kampf um die Werftbesetzungen so zu führen, wie er geführt worden ist. Natürlich wäre dieser Kampf erfolgreicher für die Arbeiterklasse verlaufen, wenn die Solidarität und Aktionseinheit, vor allem auch über die besetzten Betriebe hinaus, stärker entwickelt gewesen wäre.



In gemeinsamen Aktionen lernen Sozialdemokraten die Kommunisten kennen. Renate Kerber, Abgeordnete der SPD in Erkrath (auf dem Bild in der Mitte) urteilt: „Wenn die Kommunisten dasselbe Ziel haben wie ich, dann kann ich doch nur mit ihnen zusammenarbeiten, um etwas zu verändern.“ Links im Bild Katja Seidel, DKP-Betriebsrätin aus Wülfrath. (Aus einem UZ-Bericht vom 6. 1. 1984. Es fotografierte Beate Knappe-Schmelzer bei einer Frauendemonstration des DGB am 18. 9. 1983 in Bonn.)

Die DKP sucht das Bündnis mit der SPD

„Arbeiter- und Friedensbewegung noch fester zusammenführen“

ban. BONN, 13. Dezember. Die an Moskau orientierten Kommunisten von der DKP wollen die Friedensbewegung weiter beeinflussen und „stärken“, und schon einen „beachtlichen Beitrag zur Entwicklung und Stärkung der Friedensbewegung geleistet“ hätten. Der stellvertretende DKP-Vorsitzende Gautier sagte am Dienstag in Bonn, die dies „wichtigste Aufgabe in der Auseinandersetzung um Krieg und Frieden“ sei. Vor ihrem Parteitag im Januar in Nürnberg mit dem Motto „Der Frieden muß siegen. Jetzt erst recht: die Kommunisten mit besonderer Engagement“ mit der SPD, die „Aktions-Kernstück unseres Kampfes für den Frieden“, Gautier sprach von „bemerkenswerten Entwicklungen“ bei der SPD, wobei er nicht nur die Raketenstationierung im Blick hatte. Auch die frühere Abgrenzungspolitik der SPD gegenüber den Kommunisten habe „sich wesentlich geändert“, stellte er fest. Diese Einschätzung der DKP hatte sich schon in den vergangenen Monaten in der Friedensbewegung niedergeschlagen, wo die Kommunisten sich häufig mit den Sozialdemokraten gegen das grün-alternative Lager verbündeten. Zum Kampf gegen die amerikanischen Raketen „brauchen wir die Masse der Sozialdemokraten“, gab Gautier als Lösung aus.

Weil die DKP die Grünen nicht als Arbeiterpartei ansieht, sucht sie mit ihnen bloß die „Zusammenarbeit“ und nicht die „Aktionseinheit“. Das DKP-Präsidiumsmitglied Deumlich nannte für seine Partei als „wesentlichen“ Unterschied zwischen DKP und den Grünen: Die Kommunisten meinen, daß die SPD in die Friedensbewegung gehöre. Gleichwohl sagte Gautier, die DKP sei an einer „sehr kameradschaftlichen“ Zusammenarbeit mit den Grünen interessiert. Der Wunsch „Raus aus der Nato“ sei für Kommunisten „kein Problem“, sei aber eine „unrealistische Sofortforderung“. Ähnlich meinte Gautier zur Grünen-Forderung, die DKP sei an einer „sehr kameradschaftlichen“ Zusammenarbeit mit den Grünen interessiert. Der Wunsch „Raus aus der Nato“ sei für Kommunisten „kein Problem“, sei aber eine „unrealistische Sofortforderung“. Ähnlich meinte Gautier zur Grünen-Forderung, die DKP sei an einer „sehr kameradschaftlichen“ Zusammenarbeit mit den Grünen interessiert. Der Wunsch „Raus aus der Nato“ sei für Kommunisten „kein Problem“, sei aber eine „unrealistische Sofortforderung“.

Aus den Äußerungen Gautiers und den Parteitagsunterlagen wurde auch deutlich, welche Strategie die Kommunisten in der Friedensbewegung verfolgen wollen. Die DKP werde „größte Anstrengungen“ unternehmen, „um Arbeiter- und Friedensbewegung noch fester zusammenzuführen“, kündigte Gautier an. Es müßten „möglichst viele

Menschen in die vielfältigen Aktionen gegen die Raketenstationierung einbezogen werden“. Mit häufigen Hinweisen auf die Bedeutung der Gewerkschaften will die DKP die Begriffe Frieden und Arbeit in der öffentlichen Debatte miteinander verbinden. In einem längeren Antrag des Vorstands, in dem die sowjetischen SS-20-Raketen nicht ein einziges Mal erwähnt werden, heißt es, daß der Osten wegen der neuen amerikanischen Systeme „nicht auf Gegenmaßnahmen verzichten“ könne. Zugleich aber steht dort, daß „die Friedensbewegung unseres Landes in den sozialistischen Staaten einen verlässlichen Partnern und Verbündeten“ finde. Auch in diesem Antrag wird die Rolle der Sozialdemokraten ausdrücklich gewürdigt. „Ein Plus für die weitere Entwicklung der Friedensbewegung ist das Nein der SPD zur Stationierung neuer US-Atomraketen“, heißt es, und weiter: „Die Sozialdemokraten, die sich in diesem Sinne in ihrer Partei und in der Friedensbewegung engagieren, werden dabei in uns Kommunisten trotz der weiterhin bestehenden Meinungsverschiedenheiten in vielen Fragen verlässliche Mitstreiter und Partner finden.“

In einem weiteren Antrag des DKP-Vorstandes zu „Neue Anforderungen an die ideologische Arbeit“, der Unzufriedenheit mit der bisherigen Ideologienpolitik ebenfalls in den Vordergrund gerückt. Es sei der Nachweis „wichtig, daß Sozialismus und Frieden wesenseins sind“. Offenbar wegen innerparteilicher Unsicherheit heißt es auch: „Eine Gleichsetzung der Außen-, kapitalistischen und sozialistischen Längern ist falsch“, weil sie die „grundlegenden gesellschaftlichen Unterschiede“ übersehe.

Die „Frankfurter Allgemeine“ vom 14. 12. 1983 hat's erfaßt: Das Sprachrohr des Monopolkapitals läßt erkennen, was ihre Geldgeber befürchten: die Aktionseinheit. Je weniger sich zur Aktionseinheit Bereite beirren lassen, desto besser für die Arbeiterbewegung.

den Abbau der demokratischen Rechte
Schluss mit der Jagd auf Kommuni
schrittliche Sozialdemokraten und



Ein weites Feld des gemeinsamen Kampfes von Sozialdemokraten und Kommunisten ist der Kampf um Demokratie, ist die Verteidigung der demokratischen Rechte. Hier erweist sich konkret, wer für wessen Freiheit einzutreten bereit ist, für die Freiheit zur Mitbestimmung und Selbstbestimmung der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte. Dieser Kampf hat seine Wurzeln nicht zuletzt im antifaschistischen Kampf gegen die Hitler-Diktatur des Monopolkapitals. Das HO-Bild entstand während einer Demonstration in Hamburg im Jahre 1973.

III. Was sind die Hintergründe der neuen Möglichkeiten zur Aktionseinheit?

Worin bestehen die Hintergründe des Neuen, der neuen Möglichkeiten für die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten?

Was steckt zum Beispiel hinter der Entwicklung vom Berliner Parteitag zum Kölner Parteitag der Sozialdemokratischen Partei, hinter den Entscheidungen in der Raketenfrage? Es handelt sich ja wirklich um eine wesentliche Änderung.

Während Helmut Schmidt den sogenannten Doppelbeschluß auf dem Westberliner SPD-Parteitag noch mit seiner Rücktrittserpressung und Versprechungen, die Reagan-Administration würde in Genf ehrlich verhandeln, durchsetzen konnte, stand er auf dem Kölner SPD-Parteitag isoliert da.

Manche meinen, der Verlust der Regierungsposition habe die sozialdemokratische Führung veranlaßt, aus demagogischen Gründen auf die Friedensbewegung zuzugehen, hier neue Reserven, neues Wählerpotential zu erschließen. Natürlich spielt bei diesem oder jenem sozialdemokratischen Führer dieser Gesichtspunkt eine nicht zu unterschätzende Rolle. Aber wichtiger ist dennoch dies: Es war der Druck der Friedensbewegung, der zu einem Anwachsen des Friedensflügels in der SPD geführt hat. Es war die Einsicht in die Gefährlichkeit der amerikanischen imperialistischen Politik, verbunden zugleich mit Einsichten in die sowjetische Politik, der Abrüstung und dem Frieden den Weg zu ebnen, der in der Sozialdemokratie einen

solchen bedeutenden Umschwung herbeiführte. Natürlich wirkt die Oppositionsrolle, wirkt das Bestreben, die Friedensbewegung zu nutzen, um Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie zu treiben. Ebenso ist es natürlich, daß von sozialdemokratischer Seite auch an die nächsten Wahlen gedacht wird, und es gibt sicherlich auch Kräfte, die daran denken, durch Einschalten der Sozialdemokratie in die Friedensbewegung diese auf das parlamentarische Feld zu beschränken, sie abzuwürgen usw. usw.

Entscheidend war die Bewegung

Entscheidend ist jedoch nicht, Seelenforschung darüber zu betreiben, was dieser oder jener SPD-Führer will; entscheidend ist und bleibt, die Raketenstationierung rückgängig zu machen, den Frieden zu sichern, was zusammen mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften geht. Außerdem darf man nicht vergessen: Große Teile unseres Volkes, vor allem der jungen Generation, sind für den Frieden in Bewegung geraten. Sie sind auf der Grundlage ihrer eigenen Erfahrungen für den Frieden eingetreten. Viele von ihnen mußten die Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie, mit der Schmidt-Regierung, mit dem Ja zum NATO-Raketenbeschluß seitens auch der Sozialdemokratischen Partei machen. Dazu

kommt, daß die sozialdemokratische Parteiführung die Friedensbewegung schon einmal zu kastrieren bemüht war. Das alles ist nicht vergessen.

Andererseits wäre es völlig falsch, in der Sozialdemokratischen Partei nur solche negativen Tendenzen am Werk zu sehen. Es sind die Tausende von Sozialdemokraten, die schließlich die Veränderung der Positionen der SPD-Führung durchgesetzt haben. Willy Brandt hat auf dem Kölner Parteitag der SPD gesagt, als er am 22. Oktober zur Volksversammlung in den Bonner Hofgarten ging, habe er nicht das Gefühl gehabt, zu Fremden zu gehen, sondern zu Freunden, „wo vor mir schon Tausende und aber Tausende Sozialdemokraten waren“. Und auch unter jenen, die befürchten, daß die Sozialdemokratie die Friedensbewegung instrumentalisieren wolle, sind ja Kräfte, die für sich selbst genau dies anstreben, vor allem unter gewissen Kreisen der Grünen.

Was einige sozialdemokratische Führer wollen oder nicht wollen, ist angesichts der Bewegung in unserem Lande nicht so entscheidend. Nicht was sie wollen, was sie können ist das Problem. Und angesichts der Massenbewegung in unserem Lande sehen wir die Gefahren nicht so sehr, daß es gelingen könnte, die Friedensbewegung auf kalte Art auszuschalten. Da sind die Gefahren viel größer, die sich aus den Tendenzen ergeben, die Friedensbewegung zu spalten, sie in ihrem Charakter zu ver-

Herbert Mies auf dem 7. Parteitag der DKP: Zu den Wahlchancen der SPD

„Es ist legitim und verständlich, wenn die SPD Überlegungen anstellt, wie sie möglichst rasch wieder zur Regierungsverantwortung gelangen kann. Aber alle Erfahrungen beweisen, daß die Chancen, den Rechtskräften eine Niederlage beizubringen, um so größer werden, je mehr sich die Sozialdemokratische Partei an Arbeiterinteressen, an den Friedensinteressen des Volkes orientiert. Die Chancen, den Regierungsparteien Wahlniederlagen zu bereiten, werden um so realer, je mehr sich die SPD die Positionen der Gewerkschaften und der Friedensbewegung zu eigen macht, je mehr sie sich auf die demokratischen Kräfte, auf Mehrheiten links von der CDU/CSU stützt. Bei einer solchen Politik wird die SPD in uns Kommunisten immer kritische Begleiter und keine Gegner haben.“

ändern, Gefahren, die von bestimmten Kräften der Grünen und den sogenannten Autonomen ausgehen.

Wir meinen, daß all diesen Gefahren am besten begegnet werden kann, indem große Kraft dafür aufgewandt wird, die Friedensbewegung als Massenbewegung des Volkes, auf den Straßen, in den Fabri-

ken, in den Gewerkschaften, in den verschiedensten Initiativen am Leben zu erhalten und ihre Einheit zu festigen sowie ihre größere Massenverankerung zu erzielen. Dies ist die beste Möglichkeit, sozialdemokratische Führer daran zu hindern, die Friedensbewegung in der angegebenen Weise zu instrumentalisieren.

zurückbleibt, ein Widerspruch zwischen Produktion und Macht entsteht.

● Kommunisten und Sozialdemokraten sind für die Verbesserung der Lage der Arbeitslosen und ihrer Kampfbedingungen durch soziale und demokratische Reformen. Aber für die Masse der SPD-Genossen besitzen solche Reformen einen Selbstzweck, oder sie glauben, mittels solcher Reformen allein zu einer neuen, der sozialistischen Gesellschaftsordnung kommen zu können. Unsere Einstellung zu Reformen unterscheidet sich davon grundsätzlich: „Einen bedeutenden Platz im Kampf der Arbeiterbewegung nimmt das Ringen um demokratische Reformen ein. Die DKP wirkt mit Entschiedenheit für alles, was der Verbesserung der Lage der Arbeitenden, der Erweiterung ihrer Rechte, der Vergrößerung ihres politischen Handlungsspielraums, der Schaffung von Möglichkeiten der Mitbestimmung und demokratischen Kontrolle dient. Sie betrachtet die Durchsetzung solcher Reformen durch das arbeitende Volk als wichtigen Bestandteil des Kampfes um die Herbeiführung einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt. Zugleich erblickt sie in ihnen eine Möglichkeit zur Verbesserung der Kampfbedingungen für weitergehende gesellschaftliche Umgestaltungen.“

Gemeinsamkeiten und Unterschiede heute

Worin bestehen heute die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede in den verschiedenen strategischen Fragen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten?

● Kommunisten und Sozialdemokraten kämpfen gemeinsam für den Frieden, gegen die neuen Atomraketen. Aber bei der Masse der Sozialdemokratie ist das verbunden mit Supermachtvorstellungen. Sie haben keine klare Einsicht in die wirklichen Ursachen und Gründe von Rüstungspolitik und Kriegsgefahr. Wir Kommunisten gehen dagegen von Klassenpositionen an die Frage heran. Wir wissen, daß Kriege und Rüstung im kapitalistischen Profitsystem wurzeln. Folglich machen wir der falschen, scheinbar klassenneutralen Supermachtkonzeption keine Zugeständnisse. Wir arbeiten heraus, daß die Friedensbedrohung in unserer Zeit vor allem vom US-Imperialismus ausgeht. Wir wissen um die prinzipielle Friedensrolle der Sowjetunion, die sich aus ihrem Charakter einer sozialistischen Macht, aus der Überwindung des kapitalistischen Eigentums mit seinem Profit-

seinem Ausbeutungs-, seinem räuberischen Charakter ergibt.

● Kommunisten und Sozialdemokraten kämpfen gemeinsam gegen die Arbeitslosigkeit und andere Formen der Abwälzung der kapitalistischen Krisenlasten auf die arbeitenden Massen. Wir kämpfen gemeinsam für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Aber bei den sozialdemokratischen Genossen fehlt in der Regel die Einsicht in die systembedingten, kapitalistischen Ursachen dieser Sozialreaktion. Oft finden wir bei ihnen die „Erklärung“ der Krise aus angeblichen weltweiten Entwicklungstendenzen statt aus dem Kapitalismus (der Sozialismus hat ja diese Probleme, z. B. Arbeitslosigkeit, gar Massenarbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit der jungen Generation, nicht). Oder sie meinen, die Probleme gebe es nur wegen einer falschen Wirtschaftspolitik. Aber die Krise wirkt in allen kapitalistischen Ländern, gleich welche Wirtschaftspolitik sie betreiben. Wir Kommunisten sehen statt dessen die Krisenursachen im Kapitalismus selbst, in der Ausbeutung der Massen, wodurch notwendig die zahlungskräftige Nachfrage

Herbert Mies auf dem 7. Parteitag der DKP: So werden Hindernisse überwunden

„Angesichts der gemeinsamen Klassenlage der Arbeiter in den Betrieben ist es nur natürlich, daß Kommunisten und Sozialdemokraten nicht nur den Frieden gemeinsam verteidigen, sondern auch gemeinsam gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau kämpfen. Es ist schon jetzt festzustellen, daß die Mitglieder von SPD und DKP etwa bei der Besetzung der Werften HDW und AG Weser erfolgreich zusammengewirkt haben. Bei vielen Sozialdemokraten verbreitet sich die Erkenntnis, daß nur eine kämpferische Vertretung von Klasseninteressen der Arbeiterklasse etwas zum Positiven hin verändern kann. Auch hier können wir sagen: Wenn solche Erkenntnisse sich verbreiten, wenn zunehmend auf gewerkschaftliche Kampfkraft und nicht auf den sozialen Burgfrieden mit dem Monopolkapital gesetzt wird, dann gibt es keine Hindernisse für ein engeres Zusammenwirken der verschiedenen Kräfte der Arbeiterbewegung.“

Von den neuen Möglichkeiten zu neuen Wirklichkeiten

Den Einsatz für demokratische Reformen verbindet die DKP mit der Zurückweisung aller in den Mantel von Reformen gehüllten Versuche, die Arbeiterklasse an die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu binden und das staatsmonopolistische Herrschaftssystem zu festigen. Sie wendet sich gegen jeden Versuch, den Kampf der Arbeiterklasse auf Reformen im Rahmen des Kapitalismus zu beschränken“ (DKP-Programm. S. 36).

Wie können die neu herangereiften Möglichkeiten im Kampf um die Aktionseinheit stärker zur Geltung kommen?

Einiges hierzu wurde bereits gesagt. Es gilt, sich der Arbeitsfelder bewußt zu sein und dann den Mut aufzubringen, an die sozialdemokratischen Kollegen und Genossen im Betrieb, in der Wohngemeinde oder im Stadtteil, in der Straße, in dem gemeinsamen Verein heranzutreten und mit ihnen sachlich und nüchtern über die Probleme zu diskutieren, die sich uns gemeinsam im Kampf um Frieden und für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, um die Verteidigung demokratischer Rechte, für die Solidarität mit den Völkern in den Ländern der dritten Welt usw. usf. ergeben. Es lohnt sich, mit ihnen darüber zu diskutieren, wie man gemeinsame Veranstaltungen der örtlichen oder betrieblichen Friedensinitiative etwa zu dem Thema organisieren kann: Wie weiter nach der Raketenstationierung? Es lohnt sich, mit ihnen darüber zu sprechen, ob es nicht möglich sei, das gewerkschaftliche Ortskartell zu aktivieren und mit Hilfe des

Ortskartells Probleme des Kampfes um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu erörtern. Was wir parallel oder wo möglich gemeinsam tun — in unseren Zeitungen auf örtlicher oder betrieblicher Ebene, mit Infoständen u. ä. —, um über die Fragen der 35-Stunden-Woche aufzuklären, den Unternehmerschwindel zu entlarven usw.?

Konkretes Herangehen ist notwendig

Es ist nämlich nicht damit getan, „nur“ die Belegschaften von Betrieben mobil zu machen. Es lohnt sich, mit sozialdemokratischen Genossen und Kollegen darüber zu diskutieren, daß die Arbeiterbewegung unseres Landes, insbesondere die Gewerkschaftsbewegung, sich nicht darauf beschränken darf, den Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten, gegen die Auswirkungen des kapitalistischen Mißbrauchs von Wissenschaft und Technik nur auf die Tariffelder zu verlagern, auf Maßnahmen des Rationalisierungsschutzes, des Ringens um eine neue Arbeitsordnung zu beschränken. Nötig sind auch Forschungen auf dem Gebiet der Auswirkungen der neuen Technik auf die soziale Lage der Arbeiterklasse und Ausarbeitung von entsprechenden Gegenstrategien. In

diesem Bereich, das zeigen auch die Gewerkschaftstage, herrscht in den Reihen der Gewerkschaften große Unsicherheit. Hier sind also viele Fragen neu zu diskutieren, und wir Kommunisten sollten versuchen, hier unseren Beitrag einzubringen. Es lohnt sich, mit den sozialdemokratischen Genossen darüber zu diskutieren, was denn nun, nach ihrem Kölner Parteitag, dem dortigen Beschluß in der Raketenfrage, weiter geschehen soll. Soll es nur bei diesem einmaligen Beschluß bleiben, oder sollen Schritte unternommen werden, um ihn in die Tat umzusetzen? Ähnliche Fragen können wir in den Gewerkschaften mit unseren sozialdemokratischen Gewerkschaftskollegen diskutieren, was denn nun geschehen könne, um die Beschlüsse der letzten fünf Gewerkschaftstage gegen die Raketenstationierung mit Fleisch und Blut zu erfüllen. Wichtig dabei ist, Tendenzen ideologisch und politisch entgegenzuwirken, Friedens- und sozialen Kampf (für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich) zu trennen, Arbeiter vom Friedenskampf abzulenken. Wir müssen, im Gegenteil, beide Bewegungen aufeinander beziehen, sie miteinander verbinden.

Kurzum: Die konkreten Auseinandersetzungen in unserem Land bieten genügend Stoff, um sich in jeder Gruppe konkret darüber Gedanken zu machen, wie jeder von uns seinen Beitrag leisten kann, um die neu herangereiften Möglichkeiten für die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten in Wirklichkeiten umzuwandeln.

Herbert Mies auf dem 7. Parteitag der DKP:

„Wie die Veränderungen in der sozialen und politischen Wirklichkeit, so sind auch die Veränderungen in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unübersehbar. Von weittragender Bedeutung waren der Verlauf und die Ergebnisse des Kölner Parteitages. Gleich anderen linken Kräften waren auch wir Kommunisten von dem eindeutigen Nein zur Raketenstationierung beeindruckt. Unüberhörbar war die zunehmende Kritik an der Reagan-Administration, waren die Absichtserklärungen, künftig die europäischen, aber auch die nationalen Interessen deutlicher zu vertreten.“

Zitate vom Kölner SPD-Parteitag 1983

Willy Brandt: „Ist es so schwer zu verstehen, daß sich die Deutschen Sorgen machen und daß viele in unserem Volk froh wären, wenn man sich über ein schrittweises Herausnehmen der Atomwaffen aus Deutschland verständigen und darüber eine Vereinbarung treffen könnte?“

„Man muß bitte nachempfinden können, was den Deutschen im Kopf herumgeht, wenn ihr Land immer noch mehr zur Abschlußrampe und damit auch zur möglichen Zielscheibe nuklearer Zerstörung wird. Was anderen als begrenzter Krieg denkbar erscheinen mag, bedeutete für uns völlige Vernichtung.“

Egon Bahr: „Sicherheit ist auf Dauer nicht durch militärische Mittel allein, erst recht nicht durch die immer weitere Anhäufung neuer Waffensysteme erreichbar. Im atomaren Zeitalter ist jedes Streben nach Überlegenheit gefährlich und Sicherheit nicht mehr allein vor dem potentiellen Gegner, sondern nur noch mit ihm erreichbar.“

Hans-Joachim Vogel: „Wir müssen das Wort von der Sicherheitspartnerschaft mit konkreten Inhalten füllen; jenes Wort, das sagt, daß unter den gegebenen Verhältnissen auch ideologische Gegner nur miteinander, aber nicht länger mehr gegeneinander und einer auf Kosten des anderen überleben können.“

Das Prager Manifest der SPD von 1934, ein nicht nur historisch wichtiges Dokument für die deutsche Arbeiterbewegung, ist in den MARXISTISCHEN BLÄTTERN, Nr. 1/1984, in vollem Wortlaut dokumentiert.

Die MARXISTISCHEN BLÄTTER schreiben dazu:

Das Prager Manifest der SPD von 1934

„Vor einem halben Jahrhundert, und fast genau auf den Tag ein Jahr nach dem Anbruch der faschistischen Diktatur in Deutschland, am 28. Januar 1934, veröffentlichte der nach Prag emigrierte Parteivorstand der SPD ‚Das Prager Manifest. Kampf und Ziele des revolutionären Sozialismus. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands‘ im ‚Neuen Vorwärts‘ vom 28. Januar 1934. Dieses zeitgeschichtliche Dokument entstand auf der Grundlage der Erfahrungen in der Weimarer Republik, insbesondere der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung Anfang 1933, aber auch aus der konkret erlebten Praxis der faschistischen Diktatur mit ihrem blutigen Terror gegen die KPD, SPD und Gewerkschaften und der Unterdrückung aller oppositionellen Kräfte.

Die damalige SPD-Führung zieht in ihrem Dokument insbesondere zwei wichtige Schlußfolgerungen: Erstens betont sie die Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterbewegung im Kampf gegen Faschismus, und zweitens hebt sie für die Zeit nach dem Sturz des Hitler-Faschismus eine dauernde und völlige Entmachtung des besiegten Gegners durch die ‚Zerschlagung des alten politischen Appara-

tes‘ und die Enteignung des Großgrundbesitzes, der Schwerindustrie und Banken als ‚bisher gesellschaftlichen Träger‘ hervor. Das ‚Prager Manifest‘ verurteilte zum anderen jegliche Politik parlamentarischer und legalistischer Illusionen und auch die Politik des Arrangements mit dem bürgerlich-kapitalistischen Staat. (Vgl. Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1917 bis 1945, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1982, S. 366 ff.)

Leider wurden diese Erfahrungen und Schlußfolgerungen nach 1945 in der SPD nicht politisches Allgemeingut. Heute, 50 Jahre nach der Veröffentlichung des ‚Prager Manifestes‘, spüren wir durch Krise, Hochrüstung und Massenarbeitslosigkeit die Auswirkungen des Kapitalismus erneut hautnah. Die Wende-rechts-Politik der CDU, CSU und FDP richtet sich in erster Linie gegen die Arbeiterklasse. Diese Lage erfordert wiederum gebieterisch die Einigung aller linken Kräfte mit der Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten als ihrem Kern. Dieses hier abgedruckte Dokument von 1934 ist in diesem Zusammenhang eine historische Mahnung.“

Einer der wichtigsten Kernsätze des Prager Manifests der SPD lautet: „Die Differenzen in der Arbeiterbewegung werden vom Gegner selbst ausgelöscht. Die Gründe der Spaltung werden nichtig.“

Unter obigem Titel ist im Verlag Neue Gesellschaft, Bonn, das Ergebnis einer Untersuchung der Parteiorganisation der SPD Nordrhein-Westfalen veröffentlicht worden. Sie vermittelt u. a. einen Einblick in die Sozialstruktur der SPD. Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf die Vorsitzenden der Ortsvereinsvorstände.

Geschlecht

Männer	94
Frauen	6

Alter

Unter 35 Jahren	13
35 – 44 Jahre	35
45 – 54 Jahre	32
55 Jahre und älter	19

Schulabschluß

Volksschule/Hauptschule	38
Mittlerer Schulabschluß	33
Abitur	28
Keine Angabe	2

Jahr des Parteieintritts

Bis 1965	40
1966 – 69	23
1970 – 76	29
1977 und später	5
Keine Angabe	3

Berufstätigkeit

– Voll berufstätig	86
– Teilweise berufstätig	3
– Nicht berufstätig	9
Keine Angabe	2

Bereich der Berufstätigkeit

– Privatwirtschaft/eigener Betrieb	38
– Öffentlicher Dienst	50
– Nicht berufstätig/keine Angabe	12

Jetziger Beruf

– Gewerbl. Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft	11
– Kaufm. Angestellte/Kaufleute/Datenverarbeiter	9

– Techniker/Architekten/techn. Ang./Meister/Handwerksmeister	13
– Leit. Angestellte/Selbständige/Freiberufler	5
– Angestellte u. Beamte im öffentl. Dienst	21
– Lehre/Erziehung/Wissenschaft	14
– Schüler/Studenten	1
– Rentner/Pensionäre	7
– Hausfrauen	3
– Sonstige	16

Gegenüberstellung von erlerntem und jetzigem Beruf

– Gewerbl. Arbeitnehmer i. d. Privatwirtschaft erlernt	33
jetzt	11
– Kaufm. Ang., Kaufleute, Datenverarbeiter erlernt	15
jetzt	9
– Techniker, Architekten, techn. Ang., Meister erlernt	13
jetzt	13
– Leitende Angestellte/Selbständige/Freiberufler erlernt	4
jetzt	5
– Angestellte u. Beamte im öffentl. Dienst erlernt	13
jetzt	21
– Lehre, Erziehung, Wissenschaft erlernt	12
jetzt	14

Herbert Mies

Wende nach rechts?

Koalition Die sozial-liberale Koalition ist zerbrochen
Kohl will nächste Woche Kanzler werden

Kanzler bittet Moderationsregierung und schlägt baldige Neuwahlen vor - CDU/CSU: Erst später



Rückblick und Ausblick
nach 13 Jahren SPD-Regierung

Josef Schleichstein

Die "Sozialfaschismus"- These

Zu ihrem geschichtlichen Hintergrund

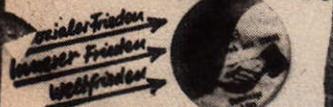


Marxismus aktuell

Rainer Eckert

Die Krise der SPD

Sicherheit
für
Deutschland
Unser Weg
des Friedens.



VMB

DEPPE, MÖLLER,
PICKSHAUS,
SCHLEIFSTEIN

EINHEITS GEWERK SCHAFT

QUELLEN
GRUNDLAGEN
PROBLEME

Mit umfangreichem Dokumententeil
und Fotos

N
vg

NACHRICHTEN-VERLAGS-GESELLSCHAFT mbH



Diese und andere Filme können bei UNIDOC – Film für den Fortschritt in 4600 Dortmund 1, Braunschweiger Straße 20, bestellt werden.

SIEG IST MÖGLICH

16 mm – Bestellnummer 5282

60 Minuten

Ein Film über die Friedensbewegung. Er schildert am Beispiel der Region Ostwestfalen exemplarisch, weshalb und wie sich Menschen für den Frieden engagieren. Die Filmautoren bringen uns die Menschen dieser Region und die schöne Landschaft, in der sie leben, nahe. Eine fiktive Reportage zeigt, wie das Land nach einem atomaren Inferno aussehen würde. Das also wäre nicht „Sieg“. Der Titel verweist vielmehr darauf, daß die Friedensbewegung gegen die Raketenbefürworter siegen kann, wenn sie weiter wächst in ihrer politischen Vielfalt und Kraft.

FRIEDENSMARSCH '81

16 mm – Bestellnummer 5322

42 Minuten

Menschen verschiedenster Nationalitäten marschieren von Kopenhagen nach Paris. Ihr Ziel: mit vielen anderen Menschen über die Bedrohung des Friedens zu diskutieren, sie zu begeistern, selber aktiv zu werden. Argumente der Friedensbewegung und die Darstellung der verschiedensten Überzeugungen innerhalb dieser Bewegung sind in dieser Dokumentation mit einbezogen.

Ein paar Tage im Winter

16 mm – Bestellnummer 4772

Dokumentarfilm, 50 Minuten

Der Stahlarbeiterstreik im Winter 1978/79 um die 35-Stunden-Woche und die Aussperrung durch die Unternehmer – Reportagen am Werktoer.

Anleitung zum Handeln

Der 7. Parteitag der DKP hat zahlreiche Aussagen zur Aktionseinheit und zum praktischen Handeln der Kommunisten mit den Sozialdemokraten getroffen.

Voraussetzung ist: mit den Sozialdemokraten ins Gespräch kommen. Vor allem in den Betrieben. Bevor irgendeine Initiative ergriffen wird, mit den sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen darüber sprechen. Eine gemeinsame Initiative ergreifen und dann gemeinsam handeln: vor allem im Kampf gegen die Raketenstationierung und im Kampf um die 35-Stunden-Woche, gegen Entlassungen und Arbeitsplatzverluste.

Kennt jeder DKP-Gruppenvorstand den jeweiligen Vorstand des entsprechenden SPD-Ortsvereins? Wenn nicht, kann man einen freundlichen Brief schreiben und auf das Bildungsthema „Aktionseinheit“ aufmerksam machen. Und einige Bildungshefte hinschicken mit der Bitte um Meinungsäußerung. Und die Bereitschaft bekunden, eine gemeinsame Diskussion darüber zu führen. Diese kann wiederum münden in gemeinsame Aktionsvorbereitung: noch nicht in jedem Betrieb wirkt eine Friedensinitiative, noch nicht in jedem Stadtteil und noch nicht in jedem Ort. Viele gute Gewerkschaftsbeschlüsse gibt es; lohnend ist die gemeinsame Beratung, wie diese Beschlüsse realisiert werden können.

Mehr lernen!

In den Monaten März/April bietet die Karl-Liebknecht-Schule der DKP in Leverkusen, Am Stadtpark 68, folgende Lehrgänge an:

März

- 4. – 10. Grundlehrgang
- 11. – 17. Marx: „Lohn, Preis, Profit“
- 18. – 24. Erfahrungen aus der Geschichte der KPdSU
- 25. – 31. Lenin „Was tun“

April

- 1. – 7. Grundlehrgang
- 8. – 14. Lehrgang für Gruppenvorsitzende und Stellvertreter
- 15. – 20. Hochschulpolitik der DKP
- 23. – 28. Frauenpolitik der DKP (mit Kindern ab 4 Jahre. Die Kinder werden außerhalb der KLS betreut)

Anmeldungen nehmen alle Gruppenvorstände der DKP entgegen.

DKP-Anschriften

Deutsche Kommunistische Partei
Partei Vorstand
Prinz-Georg-Straße 79, 4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 48 10 01-04

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Baden-Württemberg
Stotzstraße 10, 7000 Stuttgart 1
Telefon (07 11) 26 55 10

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Bremen/Niedersachsen/Nordwest
Contrescarpe 8 c, 2800 Bremen 1
Telefon (04 21) 32 13 14

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hamburg
Tarpenbekstraße 66, 2000 Hamburg 36
Telefon (0 40) 47 65 69

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hessen
Cronstettenstraße 18, 6000 Frankfurt/Main
Telefon (06 11) 55 02 87

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Niedersachsen
Hamburger Allee 38, 3000 Hannover 1
Telefon (05 11) 31 10 33

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Nordbayern
Fürther Straße 92, 8500 Nürnberg
Telefon (09 11) 3 24 61

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz
Heiligkreuzweg 92, 6500 Mainz-Weisenau
Telefon (06 131) 67 63 36

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Westfalen
Ackerstraße 3, 4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 36 20 95

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Ruhr-Westfalen
Hoffnungstraße 18, 4300 Essen
Telefon (02 01) 22 21 95

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Saar
Bleichstraße 18, 6600 Saarbrücken
Telefon (06 81) 3 15 13

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Schleswig-Holstein
Hamburger Chaussee 3, 2300 Kiel
Telefon (04 31) 68 14 21

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Südbayern
Reisingerstraße 5, 8000 München
Telefon (0 89) 26 79 68

Letzter Tip

Zu diesem Thema als Begleittext:

Der Bericht von Herbert Mies, die Diskussionsbeiträge und die Beschlüsse des 7. Parteitages der DKP vom 6. bis 8. Januar 1984 in Nürnberg

Und das nächste
Bildungsthema?

**Das
internationale
Kräfteverhältnis
und die
kommunistische
Weltbewegung**

Herausgeber: Parteivorstand der DKP, Prinz-Georg-Straße 79, 4000 Düsseldorf. 2/84
Verantwortlich: Gerd Humbach – Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss